
EINKAUFBSBEDINGUNGEN

Stand: Dezember 2022

1. Geltungsbereich; abweichende Geschäftsbedingungen; Individualvereinbarungen; Form

- 1.1 Die vorliegenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen („AEB“) gelten für alle Geschäftsbeziehungen mit unseren Lieferanten und Dienstleistern („Verkäufer“), „Käufer“ oder „wir“ im Sinne dieser AEB ist die KARL MAYER Holding GmbH & Co. KG und die mit ihr konzernmäßig verbundenen Unternehmen.
- 1.2 Die AEB gelten insbesondere für Verträge über den Kauf und/oder die Lieferung beweglicher Sachen, digitale Produkte (§ 327 Abs. 1 BGB) und/oder Waren mit digitalen Elementen (§ 327a Abs. 3 BGB) („Ware“), ohne Rücksicht darauf, ob der Verkäufer die Ware selbst herstellt oder bei Zulieferern einkauft. Sofern nichts anderes vereinbart ist, gelten die AEB in der zum Zeitpunkt der Abgabe der Bestellung des Käufers gültigen Fassung als Rahmenvereinbarung auch für gleichartige künftige Verträge, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten.
Diese AEB gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Verkäufers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt haben. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn wir in Kenntnis der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verkäufers dessen Lieferungen vorbehaltlos annehmen. Die Ausführung der Bestellung gilt als Anerkennung unserer AEB auch dann, wenn der Verkäufer unsere Bestellung mit abweichenden Bedingungen bestätigt hat.
- 1.3 Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem Verkäufer (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) gelten vorrangig vor diesen AEB. Für den Inhalt derartiger Vereinbarungen ist, vorbehaltlich des Gegenbeweises, ein schriftlicher Vertrag bzw. unsere schriftliche Bestätigung maßgebend.
- 1.4 Auch unsere Bestellungen betreffende Änderungen in der Art oder Zusammensetzung des verarbeiteten Materials oder in der konstruktiven Ausführung gegenüber früheren gleichartigen Lieferungen und Leistungen bedürfen unserer schrift-

- 1.5 lichen Zustimmung und sind uns vor Fertigungsbeginn anzuzeigen. Wir sind nicht verpflichtet, Lieferungen und Leistungen nach Zugang auf Gleichartigkeit zu untersuchen. Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen des Verkäufers in Bezug auf den Vertrag (z. B. Fristsetzung, Mahnung, Rücktritt) sind schriftlich, d. h. in Schrift- oder Textform (z. B. Brief, E-Mail, Telefax) abzugeben. Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden bleiben unberührt. Der Schriftwechsel – gleichgültig welcher Art – ist für jede Bestellung gesondert unter jedesmaliger Angabe unserer Bestellnummer zu führen.

2. Bestellungen und Lieferabrufe; Vertragsschluss

- 2.1 Unsere Bestellungen und Lieferabrufe stellen Bestätigungen unserer vorherigen Vertragsverhandlungen mit dem Verkäufer dar.
- 2.2 Der Verkäufer soll sich zu unseren Bestellungen und Lieferabrufen innerhalb einer Frist von 10 Tagen schriftlich erklären und eine Auftragsbestätigung mit verbindlichen Preisen und Lieferzeiten geben oder die Bestellung bzw. den Lieferabruf insbesondere durch Versendung der Ware vorbehaltlos ausführen, sofern wir eine unverzügliche Lieferung bestellt/ abgerufen haben. Lehnt der Verkäufer unsere Bestellung bzw. unseren Lieferabruf nicht innerhalb von 10 Tagen schriftlich ab, gilt unsere Bestellung bzw. unser Lieferabruf als angenommen.

3. Informationspflichten, Güte und Umfang der Lieferung

- 3.1 Über unsere Einsatz- und Betriebsbedingungen hat sich der Verkäufer Kenntnis zu verschaffen. Von uns gemachte Angaben, freigegebene Zeichnungen, Spezifikationen und Lastenhefte muss der Verkäufer in eigener Verantwortung auf sachliche Fehler überprüfen.
- 3.2 Sollte der Verkäufer die Unvereinbarkeit seiner Lieferung mit unseren Einsatz- und Betriebsbedingungen oder einen sachlichen Fehler nach Absatz 1 Satz 2 feststellen, hat er uns unverzüglich darüber zu informieren.

- 3.3 Zum Lieferumfang gehören auch Betriebsanleitungen und Ersatzteilkataloge.
- 4. Schutzrechte; Vertrauliche Informationen; Verarbeitung / Vermischung / Verbindung; Fertigungsmittel; unentgeltliche Verwahrung; Eigentumsvorbehalt**
- 4.1 Zeichnungen, Entwürfe, Muster, Herstellvorschriften usw., die wir dem Verkäufer zur Angebotsabgabe oder zur Durchführung eines Auftrages überlassen haben, bleiben unser Eigentum und dürfen nicht für andere Zwecke verwendet, vervielfältigt oder Dritten zugänglich gemacht werden. Für Angebote, Entwurfsarbeiten oder sonstige Vorarbeiten des Verkäufers besteht kein Vergütungsanspruch gegen uns.
- 4.2 Der Verkäufer verpflichtet sich, alle Informationen in Zusammenhang mit der Geschäftsbeziehung, insbesondere technischer und wirtschaftlicher Art, Absichten, Erfahrungen, Kenntnisse, Entwürfe und Unterlagen, einschließlich der vorhandenen Ergebnisse, die ihm während der Geschäftsbeziehung bekannt werden („**Vertrauliche Informationen**“), gegenüber Dritten – auch über die Dauer der Geschäftsbeziehung hinaus – vertraulich zu behandeln und sie Dritten nicht zugänglich zu machen, vor dem Zugriff Dritter zu schützen und nicht zum Gegenstand einer Anmeldung eigener Schutzrechte zu machen. Vertrauliche Informationen sind indes nicht solche Informationen, die dem Verkäufer bereits vor ihrer Offenlegung im Rahmen dieses Vertrags bekannt waren, die unabhängig entwickelt oder anderweitig rechtmäßig von ihm erlangt wurden oder die ohne Verletzung dieses Vertrags allgemein bekannt sind oder werden. Verletzt der Verkäufer diese Vertraulichkeitsverpflichtung, so hat er eine von uns nach billigem Ermessen zu bestimmende Vertragsstrafe zu zahlen, es sei denn, der Verkäufer hat die Pflichtverletzung nicht zu vertreten. Die Angemessenheit der Vertragsstrafe ist im Streitfalle vom zuständigen Gericht zu überprüfen. Im Falle der Geltendmachung von Schadensersatz wegen der Vertraulichkeitsverletzung wird die Vertragsstrafe auf die Schadensersatzforderung angerechnet.
- 4.3 Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigestellten Gegenständen durch den Verkäufer wird für uns vorgenommen. Das gleiche gilt bei Weiterverarbeitung der gelieferten Ware durch uns, so dass wir als Hersteller gelten und spätestens mit der Weiterverarbeitung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften Eigentum am Produkt erwerben. Die beigestellten Gegenstände sind ausreichend gegen Feuer-, Diebstahl- und Wasserschäden sowie sonstige, am jeweiligen Beistellungsort typische Naturgewalten, zu versichern.
- 4.4 Beigestellte Gegenstände dürfen nur für unsere Aufträge verwendet werden. Bei Wertminderung, Verlust oder Ausschuss hat der Verkäufer Ersatz zu leisten. Der Verkäufer verwahrt die neue oder umgebildete Ware mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns für uns unentgeltlich.
- 4.5 Modelle, Matrizen, Schablonen, Muster, Werkzeuge und sonstige Fertigungsmittel, die von uns voll oder anteilig bezahlt werden, gehen im Maße der Bezahlung in unser Eigentum über. Der Verkäufer verwahrt und pflegt für uns kostenlos Fertigungsmittel, an denen wir Eigentum erworben haben und versichert sie, auf eigene Kosten, ausreichend gegen Feuer-, Wasser- und Diebstahlschäden. Auf unser Verlangen müssen Modelle, Matrizen, Schablonen, Muster, Werkzeuge und sonstige Fertigungsmittel jederzeit kostenfrei an uns herausgegeben werden.
- 4.6 Modelle, Matrizen, Schablonen, Muster, Werkzeuge und sonstige Fertigungsmittel, ebenso vertrauliche Angaben, Geschäftsgeheimnisse und Vertrauliche Informationen (insbesondere gemäß Klausel 4.2), die wir dem Verkäufer zur Verfügung stellen oder voll bezahlen, dürfen nur mit unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung für Lieferungen an Dritte verwendet werden.
- 4.7 Die Übereignung der Ware auf uns hat unbedingt und ohne Rücksicht auf die Zahlung des Preises zu erfolgen. Nehmen wir jedoch im Einzelfall und in Abweichung von dieser Klausel ein durch die Kaufpreiszahlung bedingtes Angebot des Verkäufers auf Übereignung an, erlischt der Eigentumsvorbehalt des Verkäufers spätestens mit Kaufpreiszahlung für die gelieferte Ware. Wir bleiben im ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor Kaufpreiszahlung zur Weiterveräußerung der Ware unter Vorausabtretung der hieraus entstehenden Forderung ermächtigt. Ausgeschlossen sind damit jedenfalls alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der auf die Weiterverarbeitung verlängerte Eigentumsvorbehalt.
- 5. Preise; Zahlungsbedingungen; Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte; Abtretungsvoraussetzungen**
- 5.1 Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Die Preise verstehen sich inklusive Lieferung DDP (Incoterms® 2020) am in der Bestellung / im Lieferabruf benannten Lieferort, inklusive Abladen auf Kosten und Risiko des Verkäufers, ausschließlich der gesetzlichen Umsatzsteuer.
- 5.2 Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Verkäufers (z. B. Montage, Einbau) sowie alle Nebenkosten (z. B. Import- und Exportkosten, ordnungsgemäße Verpackung, Transportkosten einschließlich eventueller Transport- und Haftpflichtversicherung) ein.
- 5.3 Der in der Bestellung angegebene Preis ist innerhalb von 14 Tagen mit 3 % Skonto oder innerhalb 30 Tagen mit 2 % Skonto auf den Nettobetrag ab vollständiger Lieferung und Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn unser Überweisungsauftrag vor Ablauf der Zahlungsfrist bei unserer Bank eingeht; für Bearbeitungszeiten durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich. Bei Annahme verfrühter Lieferungen richtet sich die Fälligkeit nach dem ursprünglich vereinbarten Liefertermin.
- 5.4 Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Für den Zahlungsverzug gelten die gesetzlichen Vorschriften.
- 5.5 Der Verkäufer hat kein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht, es sei denn, die Gegenforderung ist rechtskräftig festgestellt, entscheidungsreif oder unbestritten.
- 5.6 Der Verkäufer ist ohne unsere vorherige schriftliche Zustimmung, nicht berechtigt, seine Forderungen gegen uns abzutreten oder durch Dritte einziehen zu lassen.
- 6. Lieferung; Verpackung; Ersatzteile**
- 6.1 Soweit nichts anderes vereinbart ist, liefert der Verkäufer DDP (Incoterms® 2020) am in der Bestellung / im Lieferabruf benannten Lieferort, inklusive Abladen auf Kosten und Risiko des Verkäufers und die Gefahr geht, auch wenn Versendung vereinbart worden ist, erst mit Erfüllung aller sich daraus und aus der Bestellung und aus diesen AEB ergebenden Pflichten des Verkäufers auf uns über.

- 6.2 Jeder Lieferung ist ein Lieferschein beizufügen, in dem die Lieferung nach Art, Menge und Gewicht genau aufzugliedern ist. Lieferscheine, Frachtbriefe, Rechnungen und sämtliche Korrespondenz müssen unsere Bestell- und Positionsnummer sowie Materialnummer und -benennung und ggf. Objektbezeichnung enthalten. Datenblätter, Betriebsanleitungen, Prüfzeugnisse, Zulassungen und sonstige Dokumentationen sind immer der Rechnung oder dem Lieferschein in den vereinbarten Formaten und Sprachen beizulegen. Der Verkäufer hat uns – unbeschadet der Klausel 9.7 – ferner alle für Ausfuhr, Einfuhr und Durchfuhr oder den Transport erforderliche Dokumente zu übergeben. Die Nichtbeachtung der in dieser Klausel 6.2 genannten Vorgaben berechtigt uns zur Verweigerung der Warenannahme auf Kosten und Gefahr des Verkäufers.
- 6.3 Der Verkäufer ist verpflichtet, die Lieferungen so zu verpacken oder verpacken zu lassen, dass Transportschäden vermieden werden. Verpackungsmaterialien sind nur in dem für die Erreichung dieses Zwecks erforderlichen Umfang und möglichst umweltfreundlich zu verwenden. Enthält eine Lieferung verschiedene Liefergegenstände, ist hierauf besonders hinzuweisen. Die verschiedenen Liefergegenstände sind jeweils einzeln zu verpacken und dergestalt zu kennzeichnen, dass sie sich deutlich voneinander unterscheiden. Die Lieferungen müssen nach Lagertyp und Lagerbereich separat verpackt und entsprechend gekennzeichnet sein. Der Verkäufer hat die Verpackung auf seine Kosten zurückzunehmen. Unsere Angaben über Art der Verpackung und Kennzeichnung des Inhalts sind einzuhalten.
- 6.4 Beabsichtigt der Verkäufer, die Produktion von Ersatzteilen für die an uns gelieferten Waren einzustellen, wird er und dies unverzüglich nach der Entscheidung über die Einstellung schriftlich mitteilen. Diese Mitteilung muss mindestens zwölf Monate vor Einstellung der Produktion erfolgen. Hiermit wird uns ermöglicht, vor Einstellung der Produktion, Ersatzteile in ausreichender Menge für die an uns gelieferten Produkte zu bestellen (last-order-Option).
- 7. Liefertermine; Verzug; Rücktritt**
- 7.1 Dem Verkäufer ist die Bedeutung der Einhaltung der vereinbarten Liefertermine bewusst. Vereinbarte Liefertermine sind daher für den Verkäufer verbindlich, laufen vom Ausstellungstag der Bestellung ab und können nur mit unserer schriftlichen Zustimmung geändert werden. Tritt eine Verzögerung der Lieferung ein oder wird eine solche erkennbar, so ist uns hiervon unter Angabe von Gründen und der voraussichtlichen Dauer der Verzögerung schriftlich Mitteilung zu machen. Eine Anerkennung des neuen Liefertermins ist weder durch die Mitteilung noch durch Schweigen auf diese Mitteilung gegeben.
- 7.2 Vorzeitige Lieferungen, sowie Teillieferungen oder Über- und/oder Unterlieferungen sind unzulässig, es sei denn anderes wurde – etwa aus fertigungsbedingten Gründen – vereinbart; wir sind berechtigt, solche Lieferungen nicht anzunehmen und zurückzuschicken oder bis zum Liefertermin bei uns oder Dritten auf Kosten und Gefahr des Verkäufers zu lagern.
- 7.3 Der Verkäufer kann höhere Gewalt nur einwenden, wenn er für das betreffende Ereignis nicht verantwortlich ist und auch entsprechende Vorkehrungen getroffen hatte (Auswahl und Aufbau mehrerer geeigneter Vorlieferanten, alternativer Produktionsressourcen, etc.), die aus unvorhersehbaren Gründen nicht greifen. Als Unmöglichkeit kommt nur objektive Unmöglichkeit in Betracht. Unverhältnismäßige Kosten kann der Verkäufer nicht einwenden, es sei denn es liegt im vorgenannten Sinn höhere Gewalt vor. Für den Fall, dass wir an der Annahme oder Abnahme der Lieferungen und Leistungen zeitweise oder generell gehindert sind und dies auf höherer Gewalt oder Unmöglichkeit beruht (wozu auch unverhältnismäßige Kosten unsererseits führen können), so können wir uns auf Unmöglichkeit berufen und vom Vertrag zurücktreten. Wir leisten dann keinen Ersatz.
- 7.4 Maßgeblich für die Einhaltung des Liefertermins ist die Erfüllung aller Verpflichtungen durch den Verkäufer zum rechtzeitigen Zeitpunkt.
- 7.5 Erbringt der Verkäufer seine Leistung nicht innerhalb der vereinbarten Lieferzeit (es sei denn, der Verkäufer hat die Nichterbringung nicht zu vertreten) oder kommt er anderweitig in Verzug, so ist der Verkäufer verpflichtet,
- (a) uns jeglichen Verzugsschaden zu ersetzen. Dies gilt insbesondere für Folgeschäden, wie z. B. entgangenen Gewinn, Stillstandskosten, Umrüstkosten, Mehrkosten aus Deckungskäufen sowie erhöhte Kosten für eine beschleunigte Versandart, die durch verzugsbedingte Terminüberschreitung erforderlich werden;
- (b) eine von uns nach billigem Ermessen zu bestimmende Vertragsstrafe zahlen, deren Angemessenheit im Streitfall vom zuständigen Gericht zu überprüfen ist. Im Falle der Geltendmachung von Schadensersatz wegen der Vertraulichkeitsverletzung wird die Vertragsstrafe auf die Schadensersatzforderung angerechnet.
- 7.6 Leistet der Verkäufer nicht rechtzeitig, können wir – nach einer von uns zu bemessenden Frist (die entbehrlich ist, wenn der Verkäufer die Leistung verweigert oder Gefahr im Verzuge ist oder uns die Fristsetzung unzumutbar ist) – vom Vertrag (auch für andere zusammenhängende Lieferungen und Leistungen oder sonstige Geschäfte an denen kein Interesse mehr besteht) zurücktreten. Die Geltendmachung weiterer gesetzlicher Rechte bleibt vorbehalten.
- 7.7 Wir haben in den folgenden Situationen – unbeschadet der gesetzlichen Vorschriften und der Klauseln 7.3 sowie 7.6 – das Recht, vom Vertrag mit dem Verkäufer (teilweise) zurückzutreten:
- (a) Wenn eine wesentliche Verschlechterung in den wirtschaftlichen Verhältnissen des Verkäufers eintritt, insbesondere wenn gegen ihn nachhaltige Pfändungen oder sonstige Zwangsvollstreckungsmaßnahmen erfolgen oder wenn gerichtliche oder außergerichtliche Insolvenzverfahren eröffnet werden, insbesondere wenn der Verkäufer eine eidesstattliche Versicherung abgegeben hat. Unser Rücktrittsrecht beschränkt sich auf Vertragsteile, deren Durchführung von den vorgenannten Ereignissen betroffen sind, beispielsweise weil eine Anfechtung von Leistungen des Verkäufers an uns droht.
- (b) Wenn der Verkäufer hinsichtlich der in unserem Eigentum stehenden Gegenstände (beispielsweise die gemäß Klausel 4 von uns beigestellt oder in unser Eigentum übergegangen sind) seine Sorgfaltspflichten verletzt.
- (c) Bei Wegfall unserer Absatzmöglichkeiten. Unser Rücktrittsrecht beschränkt sich hier auf vom Verkäufer noch nicht für uns angefertigte / bestellte Ware. Ware gilt im Rahmen von Sukzessivlieferverträgen (beispielsweise bei Mengenkontrakten, Verträgen mit gestrecktem Abrufdatum der Verkäuferleistung) frühestens dann als für uns angefertigt / bestellt, wenn wir einen entsprechenden Abruf der Bestellung im Einzelfall veranlasst haben. Der Verkäufer kann durch Vorlage geeigneter Dokumente beweisen, dass er die Ware bereits für uns angefertigt / bestellt hat. Der Verkäufer verpflichtet sich,

nicht unnötig auf Halbe Ware für uns anzufertigen / zu bestellen, sondern mit möglichst kurzem zeitlichen Abstand zum erwarteten oder vereinbarten Abruf der Bestellung („Just-in-time Fertigung“).

(d) Wenn der Verkäufer gegen Bestimmungen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes verstößt. Uns steht es darüber hinaus frei, die Geschäftsbeziehung temporär auszusetzen.

8. Dokumentenvorlagepflicht

Der Verkäufer räumt uns, oder einem von uns beauftragten und gegenüber Dritten zur Verschwiegenheit verpflichteten Person, zu den üblichen Geschäftszeiten Einsicht in die maßgeblichen Bücher bzw. sonstigen Unterlagen / Dateien zu dem Zweck ein, dass wir die Einhaltung der vereinbarten Just-in-time Fertigung überwachen können. Wir werden diese Einsichtsrechte nicht häufiger als jährlich ausüben, es sei denn das Verhalten des Verkäufers gibt zu einer häufigeren Überprüfung Anlass.

9. Einsatzgebiet; Gesetzliche Produkthanforderungen; Nachweispflicht; Außenhandelsverpflichtungen; Lieferkette

9.1 Unsere Produkte werden weltweit, insbesondere auch in Asien, eingesetzt. Der Verkäufer ist für die Verkehrsfähigkeit der Ware im entsprechenden Einsatzgebiet verantwortlich. Er hat die entsprechenden regulatorischen und gesetzlichen Bestimmungen in der zum Lieferzeitpunkt gültigen Fassung einzuhalten. Insbesondere hat er die Ware so darzubieten, dass es uns möglich ist, nach den regulatorischen Bestimmungen, verkehrsfähige Produkte aus den Waren herzustellen. Wir werden den Verkäufer dazu über den Verwendungszweck der Ware informieren.

9.2 Der Verkäufer ist – soweit gesetzlich zulässig und nicht anders zwischen den Vertragspartnern vereinbart – Hersteller der Ware im Sinne der jeweils einschlägigen Normen und Gesetze.

9.3 Unbeschadet Klausel 9.1 ist der Verkäufer insbesondere dafür verantwortlich, dass die gelieferten Waren, einschließlich Sonderanfertigungen, sowie deren Verpackungen, den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, einschließlich aller für die CE-Kennzeichnung erforderlichen Normen, den Sicherheitsempfehlungen und einschlägigen Vorschriften und Regeln der zuständigen Fachgremien oder Fachverbände (VDE, DIN, TÜV etc.) und der Berufsgenossenschaft (UVV) sowie des Gewerbeaufsichtsamtes und dem aktuellen Stand der Technik sowie DIN-, EN-, ISO-, VDE-, VDI-, CCC oder ihnen gleichzusetzende Normen und Branchenstandards entsprechen. Die nach den Unfallverhütungsvorschriften erforderlichen Schutzvorrichtungen sowie etwaige Anweisungen des Herstellers sind mitzuliefern.

9.4 Unbeschadet Klausel 9.1 hat der Verkäufer an den Waren, einschließlich Sonderanfertigungen, sowie deren Verpackungen, vom Verkäufer die aufgrund gesetzlicher Vorschriften notwendigen (Produkt-)Kennzeichnungen (etwa CE-Kennzeichnung, WEEE-Kennzeichnung), sowie Chargennummern, Warn- und Pflegehinweise anzubringen. Sind aufgrund der Komplexität der Ware oder aus sonstigen Gründen, bei der Verwendung, Ergänzung oder Instandhaltung der Ware bestimmte Regeln zu beachten, um den Schutz von Sicherheit und Gesundheit von Personen zu gewährleisten, hat der Verkäufer auch eine entsprechende Gebrauchsanleitung beizulegen.

9.5 Unbeschadet Klausel 9.1 hat der Verkäufer bei der Lieferung und Herstellung der Waren die zum Lieferzeitpunkt geltenden

stoff-, chemikalien-, umweltschutz-, sicherheits-, unfallverhütungs- und arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen zu beachten. Insbesondere sichert der Verkäufer zu, dass er im Zusammenhang mit unserer Bestellung einschließlich ihrer Anbahnung sowie der daraus resultierenden Geschäftsbeziehung, keine Zuwendungen an unsere Mitarbeiter gemacht hat oder künftig machen wird. Der Verkäufer verpflichtet sich, keine Unternehmen als Sub-Lieferanten einzusetzen, die zur Herstellung von Produkten Kinderarbeit nutzen oder Zwangsarbeit dulden. Sofern notwendig, hat der Verkäufer auf seine Kosten erforderliche Begleitdokumente (Sicherheitsdatenblätter etc.) mitzuliefern.

9.6 Die Einhaltung der in den vorstehenden Klauseln definierten Anforderungen hat der Verkäufer für die Ware insbesondere durch Prüfberichte und/oder Verkehrsfähigkeitsbescheinigungen von unabhängigen und akkreditierten Prüfinstituten auf seine Kosten nachzuweisen, es sei denn, wir verzichten ausnahmsweise schriftlich auf den Nachweis oder ein solcher Nachweis ist im Verhältnis zu den Produktionskosten insgesamt unverhältnismäßig.

9.7 Der Verkäufer hat sämtliche, relevante Zoll- und Exportkontrolldaten (vgl. Klausel 6.2) auf eigene Kosten zur Verfügung zu stellen. Der Verkäufer verpflichtet sich insbesondere und soweit für das jeweilige Zoll- bzw. Exportverfahren relevant oder notwendig, die folgenden Zoll- und Exportkontrolldaten bereitzustellen:

- (a) Ursprungsland,
- (b) Zollarifnummer (statistische Warennummer),
- (c) Ausfuhrlistennummer (AL-Nummer) gemäß deutscher Ausfuhrliste bzw. der zum Lieferzeitpunkt gültigen Fassung der Dual-Use Verordnung (Stand August 2022: VO(EU)2021/821) bzw. ihrer Nachfolgerin,
- (d) Export Control Classification Number (ECCN) gemäß US-Güterliste (US EAR – Export Administration Regulations),
- (e) Angaben zu US-Ursprung, auch für einzelne Bauteile/ Komponenten des gelieferten Materials,
- (f) Angaben zu Präferenz und zum präferenziellen Ursprung, und
- (g) Kennzeichnungen sonstiger nationaler Exportbestimmungen.

9.8 Die bei Klausel 9.7 definierten Daten hat der Verkäufer auf sämtlichen Lieferpapieren (etwa Packzetteln und Lieferscheinen), Angeboten und Lieferverträgen anzugeben. Alternativ kann der Verkäufer eine Lieferantenbestätigung für alle von ihm gelieferten Materialien oder eine Pauschalerklärung zur Verfügung stellen.

9.9 Der Verkäufer verpflichtet sich, die Anforderungen des LkSG umfassend einzuhalten, umzusetzen und zu dokumentieren. Dies gilt insbesondere für den eigenen Geschäftsbereich des Verkäufers sowie in Bezug auf seine etwaigen unmittelbaren und mittelbaren Zulieferer nach Maßgabe der im LkSG normierten Regelungen.

9.10 Der Verkäufer stellt im Rahmen seiner rechtlichen Möglichkeiten sicher, dass seine Unterlieferanten die Anforderungen des LkSG, umfassend einhalten und umsetzen.

10. Eigentumssicherung

10.1 An von uns abgegebenen Bestellungen, Aufträgen sowie dem Verkäufer zur Verfügung gestellten Zeichnungen, Abbildungen, Berechnungen, Beschreibungen und anderen Unterlagen behalten wir uns das Eigentum und etwaige urheberrechtliche Nutzungsrechte vor. Der Verkäufer darf sie ohne unsere ausdrückliche Zustimmung weder Dritten zugänglich machen

noch selbst oder durch Dritte nutzen oder vervielfältigen. Er hat diese Unterlagen auf unser Verlangen vollständig an uns zurückzugeben, wenn sie von ihm im ordnungsgemäßen Geschäftsgang nicht mehr benötigt werden oder wenn Verhandlungen nicht zum Abschluss eines Vertrages führen. Vom Verkäufer hiervon angefertigte Kopien sind in diesem Fall zu vernichten; ausgenommen hiervon sind nur die Aufbewahrung im Rahmen gesetzlicher Aufbewahrungspflichten sowie die Speicherung von Daten zu Sicherungszwecken im Rahmen der üblichen Datensicherung.

- 10.2 Fertigungseinrichtungen, Werkzeuge, Vorrichtungen und Modelle, die wir dem Verkäufer zur Verfügung stellen oder die zu Vertragszwecken gefertigt und ausschließlich uns durch den Verkäufer gesondert berechnet werden, bleiben in unserem Eigentum oder gehen in unser Eigentum über. Sie sind durch den Verkäufer als unser Eigentum kenntlich zu machen und nur für Zwecke des mit uns geschlossenen Vertrages zu benutzen.
- 10.3 Die in Klausel 10.2 genannten Gegenstände hat der Verkäufer sorgfältig zu verwahren und zu unterhalten sowie gegen Schäden jeglicher Art abzusichern. Dies umfasst die Pflicht, die genannten Gegenstände in geeigneter Weise zu versichern, in gebrauchsfähigem Zustand zu halten, sie insbesondere sach- und fachgerecht zu behandeln, zu warten und zu pflegen. Dies ist jeweils unverzüglich und nach Möglichkeit so durchzuführen, dass die genannten Gegenstände stets uneingeschränkt einsatzbereit sind.
- 10.4 Bevor Maßnahmen nach Klausel 10.3 ergriffen werden, die Kosten verursachen, hat der Verkäufer mit uns unverzüglich Rücksprache zu halten. Die Kosten der nach Klausel 10.3 geforderten und nach Rücksprache bestätigten Vertragspartner Maßnahmen tragen beide Vertragspartner – mangels einer anderweitigen Vereinbarung – je zur Hälfte. Soweit diese Kosten jedoch auf Mängel solcher vom Verkäufer hergestellten Gegenstände oder auf den unsachgemäßen Gebrauch sowie sonstiges Verschulden seitens des Verkäufers, seiner Mitarbeiter oder sonstigen Erfüllungsgehilfen zurückzuführen sind, sind sie allein vom Verkäufer zu tragen.
- 10.5 Der Verkäufer wird uns unverzüglich von allen nicht nur erheblichen Schäden an den in Klausel 10.2 genannten Gegenständen Mitteilung machen. Dies gilt auch für den Fall, dass diese Gegenstände zum Beispiel durch normale Abnutzung ganz oder teilweise unbrauchbar geworden sind oder Großreparaturen anstehen. Über die weitere Vorgehensweise werden die dann eine einvernehmliche Lösung herbeiführen.
- 10.6 Der Verkäufer ist nach Aufforderung verpflichtet, die in Klausel 10.2 genannten Gegenstände im ordnungsgemäßen Zustand an uns herauszugeben, wenn sie von ihm nicht mehr zur Erfüllung der mit uns geschlossenen Verträge benötigt werden.

11. Mangelhafte Lieferung / Leistung; Qualitätsprüfung; Beanstandungen; Nacherfüllung; Schadensersatz und Rücktritt

- 11.1 Für unsere Rechte bei Sach- und Rechtsmängeln der Ware (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage, mangelhafter Montage-, Betriebs- oder Bedienungsanleitung) und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den Verkäufer gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.
- 11.2 Nach den gesetzlichen Vorschriften haftet der Verkäufer insbesondere dafür, dass die Ware bei Gefahrübergang auf uns die vereinbarte Beschaffenheit hat. Als Vereinbarung über die

Beschaffenheit gelten jedenfalls diejenigen Produktbeschreibungen, die – insbesondere durch Bezeichnung oder Bezugnahme in unserer Bestellung – Gegenstand des jeweiligen Vertrages sind oder in gleicher Weise wie diese AEB in den Vertrag einbezogen wurden. Insbesondere ist in unseren Bestellungen die Zeichnungsnummer mit dem technischen Änderungsstand („Index“) angegeben. Der Verkäufer ist verpflichtet, die ihm vorliegenden Zeichnungen auf Übereinstimmung mit dem in der Bestellung angegebenen Änderungsindex zu prüfen.

- 11.3 Die Ware muss den in der Bestellung genannten Spezifikationen, Zeichnungen und sonstigen Angaben entsprechen und ist vom Verkäufer vor Versand darauf zu prüfen.
- 11.4 Zu besonderen Erkundigungen über etwaige Mängel bei Vertragschluss oder einer Untersuchung der Ware sind wir nicht verpflichtet. Teilweise abweichend von § 442 Abs. 1 S. 2 BGB stehen uns Mängelansprüche daher uneingeschränkt auch dann zu, wenn uns der Mangel bei Vertragschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist.
- 11.5 Für die kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB) mit folgenden Maßgaben: Wir werden die gelieferte Ware prüfen. Unsere Untersuchungspflicht beschränkt sich jedoch auf Mängel, die bei unserer Wareingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere offen zu Tage treten (z. B. Transportbeschädigungen, Falsch- und Minderlieferung) oder bei unserer Qualitätskontrolle im Stichprobenverfahren erkennbar sind. Unbeschadet unserer sonstigen Ansprüche bei Abweichung der Ware von der vereinbarten Qualität haben wir das Recht die Ware vollständig zurückzugeben oder auf Kosten und Gefahr des Verkäufers die Ware einer Vollprüfung zu unterziehen. Fehler oder Abweichungen, welche außerhalb der vereinbarten Qualität liegen, führen zur Ablehnung der Lieferung.
- 11.6 Untersuchung und Rüge der gelieferten Ware müssen wegen zum Teil erforderlich werdenden Testverfahren nicht unverzüglich, jedoch in einer angemessenen Frist erfolgen. Bezahlung bedeutet keine Anerkennung der Lieferung als vertragsgerecht, mangel-, oder fehlerfrei.
- 11.7 Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht. Im Übrigen kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ordnungsgemäßen Geschäftsgang tunlich ist. Unsere Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. Unbeschadet unserer Untersuchungspflicht gilt unsere Rüge (Mängelanzeige) jedenfalls dann als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von 14 Kalendertagen ab Entdeckung bzw., bei offensichtlichen Mängeln, ab Lieferung abgesendet wird.
- 11.8 Haben wir die mangelhafte Sache gemäß ihrer Art und ihrem Verwendungszweck in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht, ist der Verkäufer im Rahmen der Nacherfüllung verpflichtet, uns die erforderlichen Aufwendungen für das Entfernen der mangelhaften und den Einbau oder das Anbringen der nachgebesserten oder gelieferten mangelfreien Sache zu ersetzen. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen trägt der Verkäufer auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Unsere Schadensersatzhaftung bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haften wir jedoch nur, wenn wir erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt haben, dass kein Mangel vorlag.

- 11.9 Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte und der Regelungen in Klausel 11.6 gilt: Kommt der Verkäufer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung – nach unserer Wahl durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) – innerhalb einer von uns gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so können wir den Mangel selbst beseitigen und vom Verkäufer Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Verkäufer fehlgeschlagen oder für uns unzumutbar (z. B. wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen werden wir den Verkäufer unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten.
- 11.10 Im Übrigen sind wir bei einem Sach- oder Rechtsmangel nach den gesetzlichen Vorschriften zur Minderung des Kaufpreises oder zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Außerdem haben wir nach den gesetzlichen Vorschriften Anspruch auf Schadens- und Aufwendungsersatz.
- 12. Produkt- und Produzentenhaftung**
- 12.1 Ist der Verkäufer für einen Produktschaden verantwortlich (beispielsweise weil das von uns hergestellte Endprodukt aufgrund eines Produktfehlers des Verkäufers fehlerhaft war), hat er uns insoweit von Ansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.
- 12.2 Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Verkäufer Aufwendungen gemäß §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von uns durchgeführter Rückrufaktionen ergeben. Über Inhalt und Umfang von Rückrufmaßnahmen werden wir den Verkäufer – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.
- 12.3 Der Verkäufer hat eine erweiterte Produkthaftpflichtversicherung mit einer pauschalen Deckungssumme von mindestens EUR 5 Mio. pro Personen- / Sachschaden abzuschließen und zu unterhalten.
- 13. Haftung für Schutzrechte Dritter**
- 13.1 Der Verkäufer steht dafür ein, dass durch von ihm gelieferte Waren keine Schutzrechte Dritter in Ländern der Europäischen Union, in China sowie in etwaigen anderen Ländern, in denen er die Waren herstellt oder herstellen lässt, verletzt werden.
- 13.2 Der Verkäufer ist verpflichtet, uns von allen Ansprüchen freizustellen, die Dritte gegen uns wegen der in Klausel 13.1 genannten Verletzung von gewerblichen Schutzrechten erheben, und uns alle notwendigen Aufwendungen im Zusammenhang mit dieser Inanspruchnahme zu erstatten. Dieser Anspruch besteht nicht, soweit der Verkäufer nachweist, dass er die Schutzrechtsverletzung weder zu vertreten hat, noch bei Anwendung kaufmännischer Sorgfalt zum Zeitpunkt der Lieferung hätte kennen müssen.
- 14. Verjährung**
- 14.1 Die wechselseitigen Ansprüche der Vertragsparteien verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.
- 14.2 Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 und § 634 Abs. 1 Nr. 1 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Mängelansprüche 3 Jahre. Mit dem Zugang unserer schriftlichen Mängelanzeige beim Verkäufer ist die Verjährung von Gewährleistungsansprüchen gehemmt, bis der Verkäufer unsere Ansprüche ablehnt oder den Mangel für beseitigt erklärt oder sonst die Fortsetzung von Verhandlungen über unsere Ansprüche verweigert. Bei Ersatzlieferung und Mängelbeseitigung beginnt die Verjährung der Mängelansprüche für ersetzte und nachgebesserte Teile erneut, es sei denn, wir mussten nach dem Verhalten des Verkäufers annehmen, dass er sich nicht zur Maßnahme verpflichtet sah, sondern die Ersatzlieferung oder Mängelbeseitigung nur aus Kulanzgründen oder ähnlichen Gründen vornahm. Für Liefergegenstände, die am Empfangsort vom Verkäufer zu montieren sind, beginnt die Verjährung der Mängelansprüche mit beendeter Montage. Die 3-jährige Verjährungsfrist gilt entsprechend auch für Ansprüche aus Rechtsmängeln, wobei die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB) unberührt bleibt; Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen uns geltend machen kann.
- 14.3 Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerung gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit uns wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.
- 15. Anwendbares Recht; Gerichtsstand; Salvatorische Klausel**
- 15.1 Für diese AEB, die Vertragsbeziehung zwischen uns und dem Verkäufer, sowie jede einzelne Bestellung gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts sowie des Kollisionsrechts.
- 15.2 Ausschließlicher Gerichtsstand ist Frankfurt am Main. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung gemäß diesen AEB bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Verkäufers zu erheben.
- 15.3 Sollten eine oder mehrere der vorstehenden Bestimmungen ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so wird davon die Wirksamkeit der sonstigen Bestimmungen nicht betroffen, sie bleiben weiterhin vereinbart. Die unwirksame Bestimmung ist vielmehr durch eine wirksame zu ersetzen, die dem beabsichtigten wirtschaftlichen Zweck am ehesten entspricht. Gleiches gilt, wenn sich bei Vertragsdurchführung eine ergänzungsbedürftige Lücke ergibt.